Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 56 (1976-1977)

Heft: 9

Artikel: Schweiz : Verlorenes Selbstverständnis? : Vom "Landidörfli" zur Agglomerations-Schweiz

Autor: Dürrenmatt, Peter

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-163214

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

PETER DÜRRENMATT

Schweiz: Verlorenes Selbstverständnis?

Vom «Landidörfli» zur Agglomerations-Schweiz

Es wäre aufschlussreich, eine eingehende Geschichte des schweizerischen Selbstverständnisses etwa zwischen 1800 und 1975 zu schreiben. Für unsere Betrachtungen gehen wir von der Feststellung aus, dass während der ganzen Dauer des 19. Jahrhunderts (das wir erst mit 1914 zu Ende gehen lassen) das Wort «schweizerisches Selbstverständnis» nicht existiert hat. Es war überflüssig. Die Schweiz des 19. Jahrhunderts existierte unangefochten aus einem gesicherten Selbstverständnis. Sie hatte sich ein Geschichtsbild zugelegt, dessen Kern die innerschweizerische Befreiungssage und die heroisierte Idealisierung der alten Schweizer als freiheitliche, von Despoten herausgeforderte Bauernkämpfer gegen feudale Herren bildete. Bundespräsident Welti hatte das an der Murten-Schlachtfeier des Jahres 1876 in die Worte zusammengefasst, in jener Schlacht seien «Fürstentum und Despotismus durch den Volksgeist besiegt worden». Das war das Geschichtsbild damaliger Festredner und Männerchöre; es wurde gewissermassen im Bau des Parlamentsgebäudes in Bern, zu Beginn des 20. Jahrhunderts, in Stein anschaulich gemacht. Dieses schweizerische Geschichtsbild vereinigte in sich Liberale und Konservative, und das Ausland übernahm es. Das Erstaunlichste aber war, dass es sogar von der lateinischen Schweiz sozusagen vorbehaltlos mitübernommen wurde. Jene Schweiz, die aus dem Wissen um ihre Gegenläufigkeit zu Europa (der Ausdruck stammt von Karl Schmid) eine trutzige Tugend gemacht hatte, bedurfte keiner intellektuellen Umschreibung ihres Selbstverständnisses; sie besass es.

Das Problem bricht 1914 auf mit dem Ersten Weltkrieg, der sich zum totalen Krieg, in dem Völker gegen Völker mobilisiert wurden, ausweitete. Er begann mit einem Bruch des Völkerrechts durch die Deutschen: Sie überfielen Belgien, dessen Neutralität sie kurz vorher ausdrücklich anerkannt hatten. Die Macht setzt sich jetzt mit Gewalt gleich.

Das musste auf den Kleinstaat Schweiz mit seiner international anerkannten Neutralität wie ein Fanal wirken. Zunächst schien es freilich, dass der Alarm nur von wenigen vernommen wurde. Der Dichter Carl Spitteler gehörte zu ihnen, und die Welschen reagierten darauf lebhafter als die im Banne des Ruhms des Deutschen Reiches befangenen Deutschschweizer. Trotzdem – noch sprach man nicht vom Selbstverständnis oder gar von geistiger Landesverteidigung, obschon die Gründung der Neuen Helvetischen Gesell-

schaft vom Frühjahr 1914 eigentlich das gemeint hatte. Die erste Nachkriegszeit zum Ersten Weltkrieg mit ihrem Glauben an die «grosse Wende» und an die Ausschaltung des Krieges als Mittel der Politik überhaupt dachte der Schweiz eine besondere Rolle zu. Das Land war bereit, sich trotz der Neutralität der Welt zu öffnen. Wir differenzierten sie, um dem grossen Idealisten Giuseppe Motta zu folgen, der die Schweiz in den Völkerbund hineinführte. Genf wurde zur Hauptstadt des Völkerbundes, der Liga der Nationen. Zugleich setzte eine internationale literarische Idealisierung der Eidgenossenschaft ein. War sie mit ihrem friedlichen Nebeneinander ihrer viersprachigen Kulturgebiete nicht das Beispiel für ein kommendes, geeintes Europa? War sie mit ihrem Föderalismus und ihrer gut funktionierenden Demokratie nicht ein Vorbild für andere Völker? Manche von den grossen politischen Kongressen der Epoche finden jetzt auf Schweizerboden statt. Motta wird Präsident der Völkerbundsversammlung. Die deutsch-französische Aussöhnung vom Jahre 1925 wird in Locarno gefeiert. Es war wirklich unnötig, nach dem Zustand des schweizerischen Selbstverständnisses oder gar nach dem Urteil des Auslandes über die verschonte Schweiz zu fragen.

Die internationale Idealisierung tat uns wohl. Einzelne nahmen sie derart ernst, dass sie mit belastetem Gewissen fragten, wie es zu diesem Bild passe, wenn das Europa-Muster Schweiz immer noch eine Armee unterhalte, ja der Untugend fröne, an den Samstagnachmittagen und Sonntagvormittagen den Frieden mit Schiessübungen zu stören.

Mitte der dreissiger Jahre bricht das alles fast schlagartig zusammen. Die gewalttätige Macht erhebt sich provozierend und räumt mit den Illusionen auf. Die Schweiz, mitten in die gewaltige europäische Auseinandersetzung hineingestellt, muss sich beinahe panikartig ihre geistige Abwehr, jetzt «geistige Landesverteidigung» genannt, zulegen. Deren grosses Verdienst bleibt es, dass sie das herausgearbeitet hat, was den Zusammenhalt der Schweiz als Nation ausmacht, einer Nation, deren Einheit nicht auf der Sprache beruht, und was ihre selbständige politische Leistung darstellt. Das Land befand sich in einer «geschlossenen Lage».

Die «offene Situation»

Mit 1945 begann die «offene Situation». Sie schien zunächst, etwa in den ersten zehn Jahren der Nachkriegszeit, keine Probleme zu stellen. «Die Schweiz hält durch», lautete die Parole. Das schien zu genügen, und die aussenpolitischen Verhältnisse schienen diese Haltung zu bestätigen. An die Stelle der einstigen Aggressivität des Hitlertums war nun in Osteuropa und in Asien die auftrumpfende Politik Stalins getreten. Als 1950 der Korea-Krieg ausbrach, war der Ausbruch eines neuen allgemeinen Krieges auf ein-

mal nicht mehr unmöglich. Bezeichnend für die Beurteilung der Lage war, dass der Bundesrat die seit Kriegsende stillgelegte Sektion «Heer und Haus» im Armeestab wieder aktivierte. Die politisch-geistige Abwehr der kommunistischen Subversion, als Nachfolgerin der nationalsozialistischen, wurde vorbereitet. Die Weltgeschichte wiederholte sich unter neuem Vorzeichen. Noch sprach kein Mensch von einer Störung des «Selbstverständnisses»; das Wort existierte immer noch nicht.

Erst gegen Ende der fünfziger und zu Beginn der sechziger Jahre tauchte der Begriff auf. Es wurden jetzt auf einmal Unsicherheiten über das Wesen der Existenz der Schweiz spürbar. Sie griffen in oppositionellen Gruppen der jüngeren Generation um sich. Diese hängten den Offiziellen der Politik den Namen des «Establishments» an, eine Bezeichnung, die – von amerikanischen Soziologen erfunden – in der Bundesrepublik Deutschland Boden fasste und bald von der schweizerischen Opposition übernommen worden war. In solcher Sicht gab es jetzt Offizielle mit ihrer speziellen Ideologie und «progressive» Oppositionelle, die diese Ideologie bekämpften. Für diese heranwachsenden Kritiker und Skeptiker, die noch ausserhalb der eigentlichen öffentlichen Verantwortlichkeit standen, existierten die Erfahrungen der Aktivdienstzeit-Generation nur mehr aus deren Erzählungen. Und eben diese Erzählungen interessierten die Jungen nicht. Es war eine Jugend, die nur die Schweiz der Hochkonjunktur kannte, eine Jugend, die gänzlich auf die Zukunft ausgerichtet war und von der technisch-wirtschaftlich geformten Zukunft die Machbarkeit aller Dinge erwartete. Es war die Jugend einer Hochkonjunktur, für welche das Geld kaum mehr eine Rolle spielte, sei es in der Wirtschaft, sei es in der Politik. Der Begriff einer irgendwie bedrohten Schweiz war für sie ein unverständliches Gestern. Sie wurde obendrein vom Establishment verwöhnt: Jugendlichkeit wurde zur Qualitätsmarke, zu einem Verdienst an sich, und die Konsumwirtschaft bemächtigte sich ihrer als eines bedeutenden, neuentdeckten Käuferpotentials.

Dem allem war eine andere Entwicklung vorangegangen, die zunächst bloss literarisch in Erscheinung trat, die aber andeutete, dass mit dem Selbstverständnis der Schweiz doch nicht alles stimme. Ich meine den klaffenden Gegensatz, der sich plötzlich zwischen den politischen Auffassungen der offiziellen Schweiz, eben des Establisments, und einem grossen Teil der schweizerischen Schriftsteller zeigte. Das war etwas Neues. Bald nach dem Kriege veröffentlichte der Schriftsteller Max Frisch in einem deutschen Verlag den Roman «Stiller». Es war der Roman eines Mannes, der seine Identität verloren hatte. Sein Name war Stiller, er aber wollte, mit allen Konsequenzen, nicht Stiller sein. Der Roman hatte in Deutschland grossen Erfolg, sahen sich doch die Deutschen in ihrer eigenen, beträchtlichen Identitätskrise vom Schriftsteller eines verschonten Landes darin bestätigt, Identitätskrisen seien

offenbar nicht bloss deutsche Erscheinungen. Ausgerechnet aus der schweizerischen Geborgenheit heraus wurde ihnen diese «Hilfe» zuteil. Die Schweizer freilich reagierten anders, eher abwehrend und verlegen.

Es ist hier nicht der Ort, literarische Urteile zu fällen. Für unseren Zusammenhang ist wichtig, dass die Identitätskrise der Romanfigur Stiller nicht nur jene des Menschen an und für sich, sondern auch Stillers als Schweizer und des Schweizer Bürgers war. Es zeigte sich in der Folge, dass die in der Gestalt Stillers dargestellte Krise zugleich Max Frischs eigene war. Auch er opponierte gegen die offizielle Schweiz. Es wurde bedeutsam, dass nun eine ganze Generation von Schriftstellern zum Worte kam, die aus den verschiedensten Richtungen ihre Fragezeichen zum schweizerischen Selbstverständnis setzte. Das Wort an sich war für sie verdächtig. Selbstverständnis wies nach ihrem Empfinden bereits auf eine neu beginnende Selbstgerechtigkeit hin. Im überwiegenden Urteil dieser Schriftsteller bot die offizielle Schweiz im besten Falle Fragezeichen, in vielen Fällen nur noch negative Aspekte. Vom Zweifel und von der Negation des Bestehenden her schritt die Bewegung weiter. Vereinzelt wurde versucht, auch das sogenannte Aktivdiensterlebnis zu demolieren.

Die plötzlich aufbrechende Krise unseres Selbstverständnisses war letzten Endes die Reaktion auf die «geschlossene» Lage der Kriegsjahre. Sie hatte ein Bild der Schweiz hinterlassen, das sich in die neue, in die «offene» Lage nicht einfügen wollte. Gegen den Ausdruck «geistige Landesverteidigung» war schon Ende der fünfziger Jahre opponiert worden. Er klang in den Ohren der neu in die Politik eintretenden jungen Schweizer nach blosser Abwehr, nach Furcht vor dem Wettbewerb und nach Ablehnung, sich im internationalen Zusammenhang durchzusetzen. Es bedurfte des Zeitalters der Terroraktionen am Ende der sechziger Jahre, um auch für die junge Generation sichtbar werden zu lassen, dass es Existenzfragen der Schweiz gab, die nicht gelöst wurden, indem man sie einfach als nicht existent betrachtete.

Was sich im schriftstellerischen Werk der sechziger Jahre abzeichnete, war die Darstellung persönlicher Identitätskrisen, oft in Zusammenhang gebracht mit dem politischen Zustand des Landes. Es zeigte sich aber, dass mehr als ein literarisches Problem hinter der Krise des schweizerischen Selbstverständnisses verborgen war. Für zahlreiche Schweizer, die sich über die Lage der Schweiz Gedanken machten, stimmte das übernommene Bild mit der Realität nicht mehr überein. Aus verschiedenen Ursachen entstand eine Lage, die mit dem französischen Wort «Malaise» umschrieben wurde. Der Basler Rechtsprofessor Max Imboden verwendete den Ausdruck als Titel eines kleinen Werkes. Darin fällte er ein hartes Urteil über die Schweiz, indem er schrieb: «Im 19. Jahrhundert waren wir eine revolutionäre Nation, heute sind wir eine der konservativsten der Welt. Wir selbst verspüren diesen Wandel wenig, aber jeder ausländische Betrachter verspürt ihn um so mehr.»

Dieser so rund und prägnant aufgestellten Behauptung wurde in jenem Moment von vielen Schweizern, vor allem in den Kreisen der jungen Generation, zugestimmt.

«Die konservative Nation»

Generalisierend auf das 19. Jahrhundert angewendet, stimmte die Behauptung Imbodens natürlich nicht. Die Schweiz war zwischen 1830 und 1850 in Europa eine revolutionäre Nation. Aber dann integrierte sie sich rasch in jenes Europa, das zwar von grosser politischer, wirtschaftlicher und sozialer Vitalität erfüllt war, jedoch keineswegs mehr in einem revolutionären Sinne. Im Gegenteil, nach 1870 bekannten sich die europäischen Grossstaaten zur Macht als ihrer eigentlichen Tugend. Die Schweiz war zu klein, um hier mitzuziehen, doch teilte sich das grossbürgerliche und gerade nicht revolutionäre Gebaren des Jahrhunderts auch ihr mit. Man kann in Kellers Roman «Martin Salander» nachlesen, wie es in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts um den angeblich revolutionären Charakter der Schweiz bestellt war. Und was das Urteil des Auslandes anbetrifft, so lässt sich auch hier ein Zitat finden: Bald nach 1900 gab der norwegische Dichter Knut Hamsun in seiner Romantrilogie «Der Wanderer» ein recht bündiges, ungnädiges Urteil über die Schweiz ab. Er schrieb dort von «dem kleinen Scheissvolk in den Alpen, das in seiner ganzen Geschichte niemals etwas bedeutet und niemals etwas hervorgebracht hat». Auch das war also ein ausländisches Urteil über die Schweiz.

Imbodens Ausspruch traf insofern Wesentliches, als er mit dem Wort von der revolutionären Nation andeuten wollte, worum es letzten Endes beim Malaise ging: Die Wirtschaft lief zwar auf hohen Touren, der Bund verfügte über mehr Geld, als er nötig hatte, der Tagesbetrieb in den Behörden und Verbänden war überlastet, eine Sitzung löste die nächste ab, und Bundesrat und Parlament betrieben Feuerwehrarbeit, um den Schäden der Hochkonjunktur beizukommen. Worin aber bestand, ausser dem klingenden Geld und dem mit ihm bewiesenen Erfolg, der Geist dieses Betriebes? Sehr humorvoll hatte der Plastiker Jean Tinguely diesen Zustand an der «Expo 1964» in Lausanne mit seiner Maschine «Heureka» karikiert. «Heureka» arbeitete fieberhaft, mit Rädern und Gestängen, aber das Produkt blieb null. Besser gesagt, es bestand ausschliesslich im Vergnügen des Zuschauers.

An diesem Punkte, bei der Frage «Sinngebung oder Leerlauf?», hatte Imboden eingehakt. Im übrigen war der Hinweis auf das 19. Jahrhundert auch deshalb fragwürdig, weil die Schweiz des 19. Jahrhunderts eine völlig andere Schweiz gewesen war. Es war die Schweiz, die mit einem Kontinent verflochten war, der das kulturelle, wirtschaftliche, soziale und politische

Zentrum der Welt darstellte. Es war die schuldenfreie Eidgenossenschaft, die sich nach 1874 immer noch im Aufbau des modernen Bundesstaates befand. Der Innenpolitik dieser Schweiz war viel freier Spielraum geblieben, wogegen die Aussenpolitik nicht vorhanden war. Die politischen Kämpfe spielten sich in grossen, von Verfassungsfragen formulierten Alternativen ab. Wogegen die Schweiz zwischen 1945 und 1975 Teil eines Europas war, das seine Machtstellung verloren hatte und dessen Völker nun um ihre Identität rangen. Die schweizerische Zurückhaltung gegenüber dem Nordatlantik-Pakt oder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft war zwar aus dem nüchternen Konservatismus der schweizerischen Aussenpolitik zu verstehen, erwies sich aber bald als richtig. Das war überhaupt der bezeichnende Zug im politischen Handeln der Schweiz zwischen 1945 und 1975. Relativ betrachtet, das heisst verglichen mit dem, was sich anderswo in Europa abspielte, liefen die Dinge nicht schlecht, ja wir bekamen immer wieder recht.

Hingegen liess es das innenpolitische Geschehen kaum mehr zu, in den Abstimmungen einfache, klare Alternativen vorzulegen. Die Lösungen der wichtigsten innenpolitischen Komplexe zeichneten sich als Ermessensfragen ab, wobei stets die Frage im Hintergrund stand: «Mehr Bund oder weniger Bund?» Mit dem Eingriff des Bundes aber musste man an sich rechnen. Kein einziges der sich stellenden Probleme hätte mit dem revolutionären Hieb durch den Knoten gelöst werden können. Im Gegenteil, mit solchen Methoden wären die Schwierigkeiten verschärft worden. Unter solchen Bedingungen hatte das, was immer man sich unter revolutionären Entscheidungen vorstellen mag, in der praktischen Situation der Nachkriegszeit keinen Platz. Eine andere Frage ist es, ob die Gesinnung, mit der wir an die Lösung der Probleme herantraten, nicht allzu stark vom sogenannten Konkordanzdenken bestimmt war, das heisst von einem Denken, das den Kompromiss an den Anfang setzte, und nicht als das Endergebnis grösserer Auseinandersetzungen.

Ähnlich wie es beim einzelnen Menschen der Fall zu sein pflegt, weisen Völker und Staaten bestimmte für sie charakteristische Eigenschaften auf. Denken wir an die Engländer, die ihrem gesellschaftlichen und politischen Leben einen unverkennbaren, eigenen Stil aufgeprägt haben. Mögen Konservative oder Labour das Land regieren, immer wird es nach englischer Manier regiert. Denken wir an Frankreich und seinen auf den Mittelpunkt Paris ausgerichteten gesellschaftlichen und politischen Zentralismus oder an seine einmalige Einheit von sprachlicher Kultur und politischem Stil. Es ist eine Einheit, die über alle tiefreichenden Unterschiede parteipolitischer Ideologien hinweg dieses Volk zusammenhält. Unsere Aufzählung könnte beliebig fortgesetzt und zum Beispiel auch auf die beiden Riesen, die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion, ausgedehnt werden.

Das ideale und das wirkliche Land

Bleiben wir bei der Schweiz. Unser Malaise rührt zunächst daher, dass in unserem politischen Empfinden der Unterschied zwischen dem idealen und dem wirklichen Land nicht überwunden ist. Es gibt feste Vorstellungen über das Wesen der Schweiz, die mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmen. Es sind Vorstellungen, die in der Vorkriegszeit und während des Krieges entstanden sind. Das Bild der Schweiz, das die Landesausstellung von 1939 veranschaulichte und das zu einem Leitbild wurde, hatte ganz bestimmte Grundbegriffe herausgebildet. Auf dem «Höhenweg» der Landi wurde dargestellt, dass die Grundlage des politischen Lebens in der Schweiz die Gemeinde bilde; sie sei die Zelle und kleinste Einheit. Die Fahnen von über 3000 Gemeinden flatterten als Zeugnis dieses Zustandes dem Besucher entgegen.

Sodann vernahm er, es sei der Schweizer beides, ein bodenständiger, zugleich aber auch ein weltaufgeschlossener Mensch. Wie schon 1914 gab es auch an der Landi, gleichsam als Mittelpunkt der Ausstellung, das «Dörfli», die Darstellung jener Zelle, auf der das Ganze aufgebaut ist. Die Herkunft aus dem Dorf, aus dem Bauerntum, bestimmt wesentlich das bodenständige Selbstverständnis des Schweizers.

Wie bietet sich dieses Bild heute dar? War es falsch? Es war sicher nicht grundfalsch. Nüchtern betrachtet ergibt sich aber, dass in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg der Gang der Dinge dieses Bild in Frage gestellt hat. Wir nahmen das freilich vorerst nicht zur Kenntnis. Als wir es schliesslich widerwillig genug doch tun mussten, verursachte es in unserem politischen Seelenleben ein neues Malaise, gefördert dadurch, dass jenes früher erwähnte, kritische und skeptische Schrifttum nun eben in dieser offenen Wunde zu wühlen begann.

Greifen wir einiges heraus. Beginnen wir mit dem Ausstellungssymbol des «Dörflis» an der Landi. Schon die zärtliche Verkleinerungsform lässt erahnen, worum es ging. Es war das Symbol der Heimat und des Sehnens nach ihrer Geborgenheit. Es war auch Symbol der politischen Heimat, jener Zelle, in der das öffentliche Wirken des Schweizers zu beginnen hatte. Es war die politische Heimat, verkörpert in den Gestalten der Werke von Gottfried Keller und von Jeremias Gotthelf. Das Dörfli war der übersehbare, allgemeine und politische Lebensraum, in dem sich der freie Bürger noch zu entfalten vermochte. Zugleich war es das bewusste, gegenläufige Modell zum damaligen Kult des Grossraums von jenseits des Rheins.

Was ist in den letzten dreissig Jahren aus der Dörfli-Ideologie geworden? Die Hochkonjunktur machte die Mehrheit der Schweizer zu Städtern und Grossstädtern. Statistisch betrachtet, sieht die Sache an und für sich nicht alarmierend aus. Die Zahlen zeigen eine Veränderung nach oben, zu den

Städten hin, wenn auch nicht in alarmierenden Proportionen. Sie müssten ergänzt werden durch die Zahlen über die gleichzeitige enorme Entwicklung der Agglomerationen, das heisst jener Gebiete, die sich rings um industrielle und städtische Mittelpunkte herausgebildet haben und die sich, gesamthaft betrachtet, als grossstädtische Siedlungen ausnehmen. Mit anderen Worten, der Schweizer suchte in den letzten dreissig Jahren nicht das Dörfli und nicht das Städtchen, er drängte in die Stadt und in die Grossstadt. Deren moderner Lebensstil sagte ihm besser zu und prägte seine Mentalität.

So wurde der Dörfli-Schweizer zum Agglomerations-Schweizer, dem es vielleicht gefiel, im 20. Stockwerk eines Hochhauses zu wohnen, in der anonymen, geschützten Gemeinschaft mit 80 oder mehr Parteien zusammen. Er war frei vom Dorfklatsch, konnte seine Lebensweise möglichst persönlich gestalten, und er stand auch nicht mehr unter dem Vereins- und Wirtshauszwang des Dorfes. Er war ein unabhängiger Mensch geworden, ein Grossstädter (oder wenigstens einer, der sich als solcher vorkam), der den ihm passenden Klub, Nachfolger des Dörflivereins, selber wählen konnte.

Es gab freilich auch noch eine andere Lösung, die Trennung zwischen Arbeitsort und Wohn-/Schlafgemeinde. Das Leben im angestammten, aber wirtschaftlich stagnierenden Dorf war billiger als in der Stadt. Die Motorisierung machte es möglich, im Dorf wohnhaft zu bleiben und trotzdem dem grösseren Verdienst in der benachbarten Stadt nachzugehen. Das Wort «benachbart» wurde dabei ausgedehnt interpretiert. Die Nachbarschaft konnte 50 und mehr Kilometer betragen. Der Schweizer war jetzt beides: mit seinem Heimatgefühl blieb er im Dorf, und mit seinen Lebensansprüchen war er der bewegliche Städter.

Mitte der fünfziger Jahre hatten zwei junge Basler, mit einem Geleitwort von Max Frisch, dem einstigen Architekten, in einem kleinen Buch (es trug den Titel «Achtung: die Schweiz») vorgeschlagen, für die kommende Landesausstellung sei irgendwo im Waadtland eine «neue Stadt» zu bauen, die, sobald sie ihren Zweck als Ort der Landesausstellung erfüllt habe, als Beispiel einer modernen Neugründung und Neusiedlung weiterzubestehen hätte. Die Idee fand im ganzen Lande erstaunlich grossen Anklang, musste aber an ihrer doppelten Zweckbestimmung scheitern. Entwicklungsfähig wäre vielleicht der Gedanke gewesen, die damals beginnende Entstehung der industriellen Agglomerationen aufzufangen, indem geplante Satellitenstädte gebaut und diese neuen Städte zugleich zu neuen Gemeinden erklärt worden wären.

Die «neue Stadt» entstand nicht und konnte in einer Situation nicht entstehen, in welcher die Hochkonjunktur das Feld der freien Initiative auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Handelns beherrschte und mit jedem Versuch einer Planung die Furcht ausgelöst wurde, man wolle den Eingriff des Staates

verstärken. So war eine moderne Interpretation des alten Dörfli-Ideals nicht aufgenommen worden, das Wachstum der Agglomerationen, ihre Hochhäuser und ihre Supermärkte hatten die Dörfli-Idee unterlaufen – mit massgeblicher Beihilfe des Automobils.

Neuer Lebensstil

In den neuen industriellen Agglomerationen entstand aber auch der neue Typus des sogenannten «Durchschnittsschweizers». Die Zuwanderer kamen zum Teil aus den Dörfern des eigenen Kantons, vorwiegend aber aus der Innerschweiz, im Welschland aus dem Wallis und dem Freiburgischen. Die Aussicht auf bessere Entlöhnung und auf das «leichte Leben» im Zeitalter der Fünftagewoche hatte sie ins Unterland geführt. Es entstanden gewisse Mischgebiete, die von Schweizern verschiedenster Kantone besiedelt wurden. Der neue Lebensstil veränderte die politische und die gesellschaftliche Mentalität ihrer Bewohner.

In vielen Fällen entwickelte sich so etwas wie eine politische Heimatlosigkeit. Wir betrachten sie als eine der Ursachen für die zunehmende Stimmabstinenz bei Urnengängen. Im Durchschnitt der letzten Jahre haben sich ungefähr noch vierzig Prozent der Stimmberechtigten (oft sogar weniger) an Wahlen und Abstimmungen beteiligt. Das 1971 für die Nationalratswahlen erstmals sich auswirkende Frauenstimmrecht hat an dieser Entwicklung nichts geändert. Die vierzig Prozent besagen, dass es sich um einen Grundstock von Wählern, vermutlich von älteren Jahrgängen, handelt, der sich immer noch als verantwortlicher Stimm- und Wahlbürger vorkommt. So oder so, diese vierzig Prozent stimmen entweder im angestammten Rahmen ihrer Partei oder, vermutlich zum kleineren Teil, im Rahmen der zahlreichen neu entstandenen politischen Gruppierungen.

Neben diesen vierzig Prozent existiert nun aber die grosse, unbekannte Masse von sechzig Prozent «passiver» Stimmbürger; man hat sie auch schon als die «schweigende Mehrheit» bezeichnet. Sie sind nur dann an die Urnen zu bringen, wenn es um aufsehenerregende Sonderfragen geht, zum Beispiel um die Probleme der Überfremdung oder um Demonstrationen gegen irgendwelche Fragen auf dem Gebiet des Umweltschutzes und der sogenannten «hintergründigen anonymen Gewalten». Dort, wo es darum geht, sich über die andere Seite des Fortschritts zu äussern, nämlich über seine Gefahren der Gleichgewichtsstörung, ist es möglich, auch aus der Gruppe dieser sechzig Prozent passiver Stimmbürger Stellungnahmen zu erzielen.

Zugleich wird damit freilich auch der innere Widerspruch sichtbar, der sich in der politischen Situation der letzten dreissig Jahre abzeichnet. Die Entstehung der grossstädtischen Agglomerationen und ihrer Zuleitungswege,

der Autobahnen, aber auch die Entstehung der drei grossen internationalen Flughäfen in Zürich, Genf und Basel (mit deren Bau die Schweiz ihren Willen bekundete, im Weltverkehr eine Rolle zu spielen), ist legal erfolgt, das heisst, sie haben alle den normalen Entstehungsweg über die zuständigen Behörden passiert; sie sind auf den drei Ebenen Gemeinde, Kanton und Bund und hernach durch die Volksabstimmung geschleust worden. Jedesmal fand sich eine Mehrheit, die den offiziellen Parolen folgte, weil es sich nicht gut machte, gegen den technischen Fortschritt zu opponieren.

Auf der andern Seite änderte sich aber die Einstellung zum Fortschritt, sobald man mit ihm praktische Erfahrungen gemacht hatte, sei es als Einzelner, sei es als irgendwelche Gemeinschaft.

Die Feststellung, dass es eine feste, umfangreiche Gruppe von passiven Stimmbürgern gibt, nimmt sich deswegen widerspruchsvoll aus, weil sich gleichzeitig das abgespielt hat, was man als den Dammbruch auf dem Gebiet der Volksinitiativen bezeichnen möchte. Ende 1975 lagen ungefähr noch fünfzehn unerledigte Volksinitiativen in den Schubladen der Bundeskanzlei. Die Bundesverwaltung, der Bundesrat und die eidgenössischen Räte müssen sich in jeder Session mit solchen Initiativen befassen. Die Zeit, in der die Stimmabstinenz den Bundesrat veranlasst hat, besondere Untersuchungen über deren Ursachen anzuordnen, ist gleichzeitig die Zeit eines überdotierten Abstimmungskalenders, der von seiten zahlreicher Initianten ständig weiter belastet wird. Kann man da sagen, die Stimmabstinenz sei ein Zeichen abnehmenden politischen Interesses?

Zum Standardbegriff dessen, was den Schweizer ausmache, hatte auch die bäuerliche Abstammung gehört. Dieser Aspekt gleichsam des offiziellen Leitbildes des Schweizers war nicht völlig falsch. Längst schon hatten auch ausländische Soziologen wahrgenommen, im Volkscharakter des Durchschnittsschweizers, in der Art und Weise seiner sozialen und politischen Reaktionen, lasse vieles auf die bäuerliche Herkunft schliessen. Wenn man schon zugibt, das Merkmal des Schweizers sei dasjenige einer konservativen Nation, dann muss man hinzufügen, dass sich konservative Völker eben auch durch Lebensauffassungen auszeichnen, die sonst dem Bauern eigen sind.

Für unseren Zusammenhang ist es indessen wichtig, darauf hinzuweisen, dass sich auch das Wesen des Bauerntums, wie es noch an der Landi dargestellt war, in den letzten dreissig Jahren grundlegend geändert hat. Das gilt mit Bezug auf die Arbeitsauffassung des Bauern wie im Hinblick auf dessen Anteil an der Gesamtbevölkerung. Im Jahre 1941 hatten die Bauern an der gesamten Bevölkerung der Schweiz (nicht an den Berufstätigen) noch 21 Prozent, also gut einen Fünftel ausgemacht. In Anerkennung ihrer Leistungen während des Krieges gewährte ihnen die Mehrheit der Stimmbürger 1952 ein wirtschaftliches und soziales Statut, das auf ihre Eigenart Rücksicht

nahm und ihre Existenz absicherte. Auf der anderen Seite bedeutete das Landwirtschaftsgesetz aber auch, dass der Bauer nun in einen vorausgeplanten Arbeits- und Produktionsprozess eingeordnet, dass er einer strengen Verbandsdisziplin unterstellt und vom Bauern zum Landwirt wurde. Die Technisierung und die Motorisierung machten nicht halt vor ihm, im Gegenteil, sie wurden von den Landwirten selbst tatkräftig durchgeführt. Diese aufgeschlossene Modernisierung trug dazu bei, dass trotz rückläufiger Zahl der landwirtschaftlichen Bevölkerung die Erträge ständig zunahmen.

In der Zeit zwischen 1943 und 1975 sank die Zahl der erwerbstätigen Landwirte auf sieben Prozent. Das heisst, dass die Schweiz in diesen dreissig Jahren, ohne unmittelbar spürbare Massnahmen, das gleiche Ziel erreicht hat, das in den Ländern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft mit hartem Durchgreifen erreicht wurde, eben ein für die Versorgung ausreichender Anteil von sieben Prozent berufstätiger Bauern im Rahmen eines industrialisierten Staates. Die hohe Konjunktur setzte den Bauern freilich auch zu. Ihr Prinzip, dass Stillstand Rückschritt sei, konnte auf ihre Produktion nicht unbegrenzt angewendet werden. Der Sinn des Landwirtschaftsgesetzes liegt darin, die Überproduktion zu verhindern, den Bauern dazu zu bringen, nur soviel zu produzieren, dass für ein Land, das im internationalen Warenaustausch steht und damit auch landwirtschaftliche Produkte einführen muss, die eigene Leistung der Bauernsame in bestimmten Grenzen bleibt. Gesamthaft muss festgestellt werden, dass die zu geschulten Landwirten gewordenen Bauern eine durchorganisierte wirtschaftliche Gruppe darstellen, die sich nicht mehr als folkloristischer Trachtenträger eignet.

Politische Auswirkungen

Doch kehren wir zum Schweizer zurück, wie ihn dreissig Jahre der Hochkonjunktur geformt haben. Inwieweit darf man – ausser dem, was wir bereits erwähnt haben – sagen, der neue grossstädtische Lebensstil habe politische Auswirkungen gehabt? Wir halten uns an Beobachtungen, nicht an Statistiken. Einst hatte es zum übernommenen Leitbild gehört, dass sich der Bürger verpflichtet fühlte, Verantwortlichkeiten zu übernehmen, sei es durch ein öffentliches Amt in der Gemeinde, im Kanton oder in der Eidgenossenschaft, sei es durch regelmässige Teilnahme an politischen Versammlungen, Abstimmungen und Wahlen. Im 19. Jahrhundert hatte sich die Literatur, besonders die Literatur der deutschen Schweiz, mit diesem Phänomen befasst und bestimmte Gestalten und Situationen geschildert, die als klassische Vorbilder für das Verhalten des schweizerischen Staatsbürgers gelesen, übernommen und als Verpflichtung aufgefasst wurden. Es waren die Gestalten in den Seldwylergeschichten Gottfried Kellers oder in den grossangelegten Romanen

von Jeremias Gotthelf, wie zum Beispiel in der «Käserei in der Vehfreude». Man möchte sagen, es habe sich um politisch-pädagogische Werke gehandelt, die in die Tiefe wirkten. Die Nachfolger und Epigonen Kellers und Gotthelfs setzten dieses Bestreben fort. Noch Meinrad Inglin hatte in den dreissiger Jahren den politischen Charakter des Landes während des Ersten Weltkrieges im grossen Roman «Schweizerspiegel» festgehalten.

Nach dem Zweiten Weltkrieg lehnte die neue Schriftstellergeneration – von den Problemen der persönlichen Identität erfüllt – es ab, diese Tradition weiterzuführen.

Die Frage, ob der neuen Schriftstellergeneration ein Vorwurf zu machen sei, dass sie es unterlassen hat, dem Schweizer in der Krise seines Selbstverständnisses mit neuen staatsbürgerlichen Leitbildern behilflich zu sein, ist an und für sich berechtigt. Sie führt aber zur anderen Frage, ob diese Möglichkeit etwa deshalb unausgenützt blieb, weil die Dinge, wie sie sich im eher diffusen Bild der schweizerischen Bevölkerungsstruktur entwickelten, dem Schriftsteller keinen Anreiz zur Hilfeleistung boten. Was er beobachtete, war der neue Lebensstil mit seinen positiven und negativen Seiten, jedenfalls aber mit dem klaren Ergebnis, dass dieser Lebensstil mit den Vorstellungen aus der Landi-Zeit nicht mehr übereinstimmte. Die Abneigung des Schriftstellers, Hilfe zu leisten, die in Illusionen eingemündet wäre, und die Problematik des modernen schweizerischen Lebens bilden vermutlich eine Einheit.

Damit kommen wir zur Frage, was denn nun eigentlich dieser moderne Schweizer ist. Lässt er sich definieren, in Begriffe einstufen? Einst war man mit solchen Definitionen rasch zur Hand. Der Schweizer des 19. Jahrhunderts – ja man darf noch weiter gehen: auch der Schweizer beim Ausbruch des Zweiten Weltkrieges – erschien in allen Definitionen als der Typus des Bürgers. Wohlwollende Definitionen meinten damit den «Citoyen», den Staatsbürger, die gehässigen und ablehnenden den satten «Bourgeois», den selbstzufriedenen Biedermann. Mag die eine wie die andere Definition in das gesamte Bild hineinpassen – richtig war gewiss, dass der Schweizer Bürger sein wollte im Sinne des von seinen Dichtern im 19. Jahrhundert gezeichneten Vorbildes.

Zu erwähnen ist in dieser Hinsicht besonders auch die Situation des Industriearbeiters von den zwanziger Jahren bis zur Zeit des Kriegsbeginns von 1939. Man hatte versucht, diesen schweizerischen Industriearbeiter im Sinne von Marx zum entwurzelten Proletarier zu stempeln. Manche Erscheinungen des 19. Jahrhunderts schienen das zwar zu rechtfertigen; auf das Ganze gesehen, traf die Definition aber nie zu. Der schweizerische Industriearbeiter wollte kein Proletarier sein. Der marxistische Überbau der Parteiideologie aus den Zeiten des Ersten Weltkrieges blieb Überbau; er galt nur für eine intellektuelle Schicht innerhalb der sozialdemokratischen Führung. Wenn

man auf den Generalstreik von 1918 hinweist, muss man zugleich betonen, dass dieser keine revolutionäre, sondern eine Verzweiflungsaktion gewesen war. Die Auswüchse des Kriegsgewinnlertums und die tatsächliche Not in unseren Städten hatten zu ihr geführt. Es war die Erhebung von Industriearbeitern, die sich als Bürger gedemütigt vorkamen.

Die Partei hielt später vertrotzt am Klassenkampfartikel fest, wogegen ihre offizielle Ablehnung des Wehrdienstes im Parteivolk selber nie populär war. Die grosse Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft und ein alter Stamm ihrer sozialdemokratischen Führer begehrte, so wie der überwiegende Teil der Wählerschaft, keine permanente Opposition; ihr Ziel war die gleichberechtigte Eingliederung in das Ganze. Der sozialdemokratische Wähler war gleich unideologisch in seinen Überlegungen und ebenso pragmatisch eingestellt wie die übrigen Schweizer.

An dieser Feststellung haben dreissig Jahre Nachkriegszeit nichts verändert. Man kann weiter gehen und sagen, dass die Annahme des Arbeitsabkommens in der Metallindustrie von 1937 eine Entwicklung eingeleitet habe, die schliesslich 1959 mit der sogenannten Zauberformel und mit der gleichberechtigten Teilnahme der Sozialdemokraten am Bundesrat einen gleichsam vorgezeichneten Abschluss fand. Von ungefähr 1950 an veränderten sich die sozialen Verhältnisse in unserem Lande solchermassen, dass man sagen möchte, sie hätten sich «amerikanisiert». Sie nivellierten den Lebensstil in allen gesellschaftlichen Klassen. Je nach Standort und Ausmass verschieden, war jetzt jedem der Weg zum Bourgeois offen – aber eher zum Typus des «klassenfreien» Bourgeois im amerikanischen Sinne. Es entstand der proletarische Bourgeois, in dessen Dasein sich die Unabhängigkeit und die Abhängigkeit die Waage hielten.

Der moderne Schweizer

Der Schweizer dieser Zeit war, solange die Hochkonjunktur dauerte, insofern ein unabhängiger, freier Mensch, als er – wenn er beruflich einigermassen in Ordnung war – als umworbene Arbeitskraft geschätzt wurde. Er besass die Freiheit, jene Arbeit anzunehmen, die ihm, besonders auch in materieller Hinsicht, am besten passte. Er wurde zum Wanderer zwischen Angebot und Nachfrage, und die ihm vom Auto angebotenen Möglichkeiten bestärkten ihn in der Meinung, die vermehrte Beweglichkeit bedeute zugleich vermehrte Unabhängigkeit.

Er blieb auch im Genuss seiner Freiheiten als Staatsbürger. Er wurde als Wählender wie als Stimmender umworben. Niemand zwang ihm eine Meinung auf; er war dabei nicht allein auf die Parteien angewiesen: ein reichliches Angebot an neuen Ideen und Bewegungen bemühte sich um ihn. Oben-

drein machte sich jetzt seine Presse von früheren parteipolitischen und ideologischen Bindungen frei. Sie empfahl dem Bürger ausdrücklich, von seiner Freiheit, schimpfen zu dürfen und Kritik zu üben, kräftig Gebrauch zu machen. Sie stärkte sein kritisches Selbstverständnis. Dieses Recht wurde schliesslich derart selbstverständlich, dass man den Eindruck bekam, es werde schon gar nicht mehr geschätzt.

Indessen war das nur die eine Seite der Medaille. Dieser freie Schweizer war umgekehrt auch ein mehr und mehr abhängiger Mann geworden. Die Entwicklung zur Abhängigkeit ging sachte, aber unaufhörlich vor sich. Von Zeit zu Zeit merkte er, dass ausser dem gewohnten Steuerzettel zahlreiche Formulare in sein Haus flatterten. Mit der Einführung der AHV hatte er eine Nummer erhalten; er war nun nicht nur zivilstandsamtlich, sondern auch sozial registriert. Andere obligatorische Versicherungen folgten. Sie alle bedeuteten neue Bindungen und neue Verpflichtungen. Überdies ging er erst noch selbst neue Bindungen ein, sei es durch Abzahlungsgeschäfte oder Kleinkredite. Mit der Zunahme seiner Verpflichtungen, der offiziellen Verordnungen und Regelungen, freilich auch zusätzlicher sozialer Hilfen, wurde das den Schweizer umgebende Recht schwierig, unübersehbar und nur noch dem Spezialisten verständlich. Der Bürger wurde misstrauisch; er verlor auf einmal die Zuversicht und das Vertrauen, dass das Recht der Freund des freien Mannes sei und ihn vor Willkür schütze. Das Wort vom «Rechtsstaat» klang in seinen Ohren hölzern.

Der Unterschied zwischen Freierwerbenden und dem abhängigen Angestellten verschwand mehr und mehr, und zwar auf allen Stufen der sozialen Leiter. Für die sogenannten «freien» Berufe, sei es für Anwälte, Ärzte, sei es für das Handwerk oder für die kleinen Kaufleute, Händler und Unternehmer, entwickelte sich die Tendenz, Bindungen einzugehen, nicht anders als für die grosse Schicht der Angestellten und Arbeiter. Wollten diese «freien» Berufe existieren, so war das nur noch im Rahmen von ganz bestimmten Verpflichtungen möglich.

Der Schweizer, so frei er war, so gebunden war er, und gebunden war er nicht zuletzt durch das Tempo des Geschehens. Das Prinzip «Stillstand ist Rückschritt» versprach ihm eine goldene Zukunft und brachte ihm goldene Fesseln. Je mehr er aber von diesem Betrieb absorbiert wurde, desto weniger fand er Zeit für ein öffentliches Engagement, sei es in der Gemeinde, im Kanton und schliesslich in der Eidgenossenschaft. Es begannen die Jahre, da Männer und Frauen gesucht wurden, die noch bereit waren, einen Teil ihrer knapp bemessenen Freizeit für eine öffentliche Dienstleistung zur Verfügung zu stellen.

All das muss man berücksichtigen, um zu erkennen, dass der Vergleich der Schweiz dieser Zeit mit der «revolutionären Nation» des 19. Jahrhunderts in

keiner Richtung hin zutreffend ist. Das gestörte Selbstverständnis, das sich als Ergebnis der dreissig Jahre Hochkonjunktur darbietet, rührte nicht zuletzt daher, dass es nicht gelungen war, das Spannungsfeld zwischen Tempo und Pause, Freiheit und Verpflichtung, Geld und Geist in ein schöpferisches Verhältnis zu verwandeln.

Wir waren von Imbodens Feststellung ausgegangen, es sei die Schweiz der Gegenwart eine der konservativsten Nationen Europas geworden. Mit diesem Wort konnte nur gemeint sein, sie biete sich als eine zurückhaltende Nation in ihrem allgemein politischen Verhalten nach aussen wie im Hinblick auf die Bewältigung der Probleme nach innen dar. Trotzdem: In einer Epoche, in der in der Welt das wirtschaftliche Geschehen dominierte, hatte sich die Schweiz nicht zurückgehalten, sondern voll eingesetzt. Ihr Einsatz war derart bedeutend, dass sie schliesslich in der Rangordnung der grössten Industrienationen der Welt den zwölften, als Finanzplatz sogar den dritten Rang einnahm. Ihr industrielles und finanzielles Potential erhielt das gleiche Gewicht wie das französische oder das englische. Die Stabilität der schweizerischen Verhältnisse, der solide Staatshaushalt, die Vorsicht mit Währungsexperimenten, der Verzicht auf Streiks begünstigten den internationalen Kredit des Kleinstaates Schweiz. So wurde er in wirtschaftlicher Hinsicht eine mittlere Macht, während er politisch der Kleinstaat blieb, der auf sich selbst bezogen war.

Ein Teil des Missbehagens in breiten Volksschichten rührte daher, dass ihnen die Entwicklung unheimlich zu werden begann. In ihren Augen war das, was sich abspielte, tatsächlich zu wenig konservativ. Der Ruf, es reiche jetzt mit der Expansion, erklang aus der Mitte des Volkes. Der konservative Unwille wandte sich gegen die wachsende Überfremdung, die in einem Ausmasse vor sich ging, wie sie kein anderes europäisches Land kannte. Er wandte sich gegen den hemmungslosen Landverkauf an Ausländer; er wandte sich gegen die sichtbar werdende internationale Verflechtung auf den Gebieten der Wirtschaft und der Aussenpolitik. Es war die Meinung des Volkes, nicht diejenige des Bundesrates und der Bundesversammlung, die dem Beitritt der Schweiz zu den Vereinten Nationen opponierte. Mit einem Wort: das Malaise entstand nicht aus dem Missbehagen des Volkes am allzu grossen Konservatismus der Offiziellen, es entstand, weil diesem Volk die Bereitschaft, mit der Zeit zu gehen, zu stürmisch vorkam. Wenn wir abermals das Wort von Imboden aufgreifen, so ergibt sich, dass die offizielle Schweiz durchaus mit der Zeit ging, dass sie aber tatsächlich mit dem Gewicht des konservativen Geistes des Volkes zu rechnen hatte.

Gekürzter Teilabdruck aus der demnächst im Schweizer Verlagshaus AG, Zürich, erscheinenden «Schweizer Geschichte» von Peter Dürrenmatt.